

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 46. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 01.10.2013 im Gemeindesaal (über der Feuerwehr) Am Rathaus 1 a in 14979 Großbeeren.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Bernd Habermann

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Fritz Lindner
Herr Dr. Günter Stinal
Herr Klaus Hubrig
Frau Gertrud Klatt
Herr Erich Ertl

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller
Herr Hartmut Rex

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christin Menzel
Herr Jörg Niendorf
Herr Michael Wolny

Sachkundige Einwohner

Frau Ute Krüger
Frau Alice Löning

Verwaltung

Herr Gärtner, Beigeordneter und Dezernent
Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter
Frau Ilka Leistner, Bauamt, Sachgebietsleiterin
Frau Anett Thätner, Kataster- und Vermessungsamt, Amtsleiterin
Frau Marina Remus, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin

Gäste

Herr Ahlgrimm, Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren
Herr Jordan, Infrastruktur- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Projektmanager

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Rundfahrt / Besichtigung Güterverkehrszentrum (GVZ) Berlin Süd
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.08.2013
- 5 Anfragen der Abgeordneten
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Problematik Osdorfer Straße in Großbeeren
- 8 Maßnahmen zum aktiven Schallschutz am BER
- 9 Petition zur Ertüchtigung bestimmter Bundeswasserstraßen

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Habermann, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung zur heutigen Sitzung recht herzlich. Er bedankt sich beim Bürgermeister Herrn Ahlgrimm für die Raumbereitstellung/Ausstattung sowie die Organisation des Busses. Da sich dieser Ausschuss ehemals vorgenommen hat, die Region kennenzulernen, steht nun heute die Besichtigung des Güterverkehrszentrums (GVZ) in Großbeeren an.

Da die Beratung in Großbeeren stattfindet, wurde wiederum das brisante Thema – die Osdorfer Straße in Großbeeren - auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Folgenden benennt **Herr Habermann** die durch das Kreistagsbüro vorgegebenen Termine der Ausschusssitzungen für das Jahr 2014. Die Sitzungen werden wie immer am 1.

Dienstag im Monat durchgeführt. Bis zur nächsten Kommunalwahl (voraussichtlich am 25. Mai 2014) sind folgende Termine vorgesehen: der 07. Januar, 04. Februar, 04. März, 01.

April und 06. Mai 2014.

TOP 2

Rundfahrt / Besichtigung Güterverkehrszentrum (GVZ) Berlin Süd

Herr Habermann bittet Herrn Ahlgrimm im Vorfeld der Besichtigung um einführende Worte. Mit dem übergebenen Kartenmaterial der Gemeinde über das GVZ (2 Übersichtspläne) konnten sich alle bereits einen Überblick über die Weitläufigkeit des Geländes und der ansässigen Unternehmen verschaffen. Er stellt fest, dass das GVZ auf einer großen noch ausbaufähigen Fläche, eine Riesenleistung erbracht hat.

Herr Ahlgrimm erklärt, das GVZ sei Mitte der 90er Jahre entwickelt worden. Während der Planungsphase gab es diverse Zweifel, ob ein solches Zentrum auch funktionieren kann. Nach heutigem Stand war das aber eine sinnvolle Planung. Bereits 2008/09 waren die fast 150 ha vollständig vermarktet. Der Vermarktungsstand lag bei ca. 85 ha, zu diesem Zeitpunkt wurde die Planung für 2 Erweiterungsflächen aufgenommen. Bei der Fläche am Lilograben handelt es sich um etwa 25 ha Ansiedlungsfläche, auf der Seite der Anhalter Bahn um etwa 45 ha. Gehen beide Flächen in Betrieb, gibt es Ansiedlungsfläche für gewerbliche Betriebe von insgesamt ca. 220 ha. Das erste Grundstück am Lilograben ist inzwischen bebaut, auch das Unternehmen arbeitet dort bereits. Zwischenzeitlich gab es bei Herrn Morawski, SG-Leiter im A 63, und dem Investor ein Gespräch. Hier wurde der 2. Bauantrag für die Restbebauung des Grundstückes abgegeben. Dieser Investor hat auch bereits die Verpflichtung für die Bebauung eines weiteren Grundstückes abgegeben. Man ist zuversichtlich, dass die Fläche am Lilograben, die auch am nächsten am Flughafen liegt, in den nächsten 2 bis 3 Jahren vollständig vermarktet sein wird.

Dann stehen noch die Flächen an der Anhalter Bahn zur Verfügung.

Bei der Anhalter Bahn wurde auf die Bedarfsnachfrage Rücksicht genommen. Es sind 3 große Teilflächen vorgesehen, d. h. Flächen mit einer Größenordnung von 10 ha und mehr. Auch in der Logistikbranche hat die Nachfrage nach großen Flächen, die eine Erweiterung in Zukunft zulassen, extrem zugenommen.

Noch nicht zufrieden ist man, dass diese starken Gewerbeansiedlungen keine höheren Gewerbesteuererinnahmen bringen (bisher zwischen 5 und 6 Mio €). Hier hat man sich mehr versprochen. Bisher sind Unternehmungen mit insgesamt über 6000 Mitarbeitern angesiedelt und es wird weiterhin kräftig investiert und ausgebaut.

Ca. 40 % der hier beschäftigten Arbeitnehmer haben ihren Wohnsitz im Land Berlin, deshalb ist der Hinweis auf Verbesserung des Anschlusses durch öffentliche Verkehrsmittel völlig berechtigt (zusätzlicher Halt der Regionalbahn angestrebt). Dem Landkreis ist man dankbar über die Einführung der Buslinie 600 im letzten Jahr.

Herr Rex möchte wissen, ob die vom GVZ genutzten Flächen Privat- oder öffentliche Flächen sind? Wie sieht es bei den Erweiterungsflächen Lilograben und Anhalter Bahn aus?

Herr Ahlgrimm antwortet, ca. 30 ha seien Bahnfläche, viele Flächen gehören den Berliner Stadtgütern sowie Kirchengemeinden, aber auch Privatflächen sind vorhanden und ein Teil gehört der Gemeinde. Der Lilograben gehört fast ausschließlich zu den Berliner Stadtgütern. Die Anhalter Bahn ist zu 70/80 % den Berliner Stadtgütern zugehörig und ein großes Stück ist Kirchenland.

Zum Verhältnis, und vorbildlich für das Land Brandenburg, ist ein 1:1-Verhältnis zwischen gewerblich nutzbarer Fläche sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Nach der Rundfahrt durch das GVZ Berlin Süd in Großbeeren, wird die Sitzung des Ausschusses fortgesetzt.

Herr Ahlgrimm gibt den Hinweis über einen vorliegenden Imagefilm, welcher zum 15jährigen Jubiläum des GVZ entstanden ist. Die Abgeordneten können diesen Film gern mitnehmen.

Herr Habermann erkundigt sich nach weiteren Fragen der Abgeordneten an Herrn Ahlgrimm oder Herrn Jordan.

Herr Rex interessieren die Unterhaltungskosten der Brücke.

Hier sind noch keine Zahlen bekannt, antwortet **Herr Ahlgrimm**.

Auf die Frage von Herrn Gärtner nach der B 101- Umstufung von Kreis- in Gemeindestraße - antwortet **Herr Ahlgrimm** wie folgt: Eine der Überlegungen im Zusammenhang mit der Gestaltung des Kreisverkehrs entstanden war, die K 7241 (die Straße zwischen der L 76 und dem Kreisverkehr) u. U. in die gemeindliche Straßenbaulast zu übernehmen. Es war nämlich auf Grund der Zuständigkeit (Kreisstraße) schwierig, die gemeindlichen Gestaltungswünsche hinreichend Berücksichtigung finden zu lassen. Ob es Sinn macht, diese in kommunale Trägerschaft zu übernehmen, wird man perspektivisch beleuchten müssen, weil das Stück der alten B 101 zwischen L 76 und OT Heinersdorf ehemals im Rahmen der Planfeststellung als Gemeindestraße zurückgestuft wurde und jetzt ab der L 76 als Kreisstraße dient. Die Gemeinde reißt sich nicht darum, die Straßenbaulast zu übernehmen. Natürlich ist ihr dennoch bewusst, dass irgendwann, wenn das gesamte Straßensystem bestehend aus L 40, B 101 und L 76 als Verbindung zwischen Landeshauptstadt und Flughafen fertig ist, die Kreisstraße weiter an Bedeutung verlieren wird.

Im Namen der Mitglieder des Ausschusses bedankt sich **Herr Habermann** bei Herrn Ahlgrimm und Herrn Jordan für die interessante und informative Rundfahrt. Alle haben einen umfangreichen Überblick über das GVZ erhalten. Das Highlight für ihn sei die neue Brücke in der ganzen Entwicklung in Großbeeren. Damit ist die Anbindung des Westteils möglich geworden.

TOP 3 **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Anfragen.

TOP 4 **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.08.2013**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt damit als genehmigt.

TOP 5 **Anfragen der Abgeordneten**

Herr Heller stellt die Frage zur weiteren Gestaltung der B 246.

Herr Gärtner antwortet, darauf habe es bereits im Ausschuss Ausführungen zum Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2015 gegeben. Der Kreistag hat völlig zu recht beschlossen, die Spange von der B 246 über Schönhagen mit Anschluss an den bestehenden Kreisverkehr in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen, um Trebbin vom innerstädtischen Verkehr zu entlasten und auch den Verkehrslandeplatz in Schönhagen infrastrukturell und anschlusstechnisch zu verbessern. Vorab gab es ein Gespräch im Landesbetrieb für Straßenwesen, an dem auch Herr Neumann sowie der Bürgermeister von Trebbin, und eine Vertreterin aus Rangsdorf zugegen waren. Lt. Plan sollte die kleine Ortsumfahrung Großmach-

now sowie eine große Ortsumfahrung von Zossen aufgenommen werden. Diese Planungen entstanden bereits in den 90er Jahren. Zossens Bürgermeisterin sprach sich eindeutig sowie der Rangsdorfer Bürgermeister unter bestimmten Bedingungen dagegen aus und teilten dies auch schriftlich mit, dass diese Ortsumfahrungen nicht benötigt werden. Da der Landesbetrieb für Straßenwesen auch keine Änderungen herbeiführte, wurde das zum Anlass genommen, Frau Wehlan als Ausschussvorsitzende für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landtages anzuschreiben. Diese hat daraufhin mit Herrn Minister Vogelsänger ein Gespräch geführt und diesen Sachverhalt dargestellt. Leider bleibt Minister Vogelsänger bei seinem Standpunkt, diese Maßnahmen würden vom Land Brandenburg an den Bund nicht gemeldet. Das ist sehr bedauerlich, da hier der kommunale Willen übergangen wird.

Der Minister hat angeboten, uns eventuell Mittel aus dem Entflechtungsgesetz zur Verfügung zu stellen. Das wäre dann verbunden mit einer Straßenbaulastträgerschaft des Landkreises und mit einem Eigenanteil von 25 %, was bei der derzeitigen Haushaltslage des Landkreises auf absehbare Zeit nicht praktikabel sein wird.

Herrn Heller ist klar, dass die Umfahrung in der nächsten Wahlperiode nicht dringend notwendig wäre, schon weil die Entwicklung von Schönhagen nicht so verlief wie geplant. Der Bundesverkehrswegeplan hat Fristen von 15 Jahren und länger. Man sollte sich jetzt dennoch die Zusage vom Minister geben lassen, denn nach der nächsten Wahlperiode weiß eventuell niemand mehr, was bereits versprochen wurde.

Herr Rex sieht es nicht ein, dass wir hier der Willkür eines Ministers preisgegeben werden, Er regt an, uns an den Petitionsausschuss über die Verwaltung zu wenden. Ansonsten geht das wirklich in dieser Form verloren.

Herr Gärtner bedauert, dass heute die Presse nicht anwesend ist. Er schlägt vor, diese Thematik auf alle Fälle mit Frau Wehlan zu besprechen.

Die Abgeordneten stimmten einheitlich einem Antrag an den Petitionsausschuss in dieser Angelegenheit zu.

Herr Gärtner möchte ergänzend zum Teil OU Thyrow mitteilen, dass es einen Kreistagsbeschluss bezüglich des Radweges zwischen Thyrow und Siethen und der Erweiterung des Brückenbauwerkes gibt. Die Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde und die Gemeindevertretung Trebbin stimmten der Kostenbeteiligung von jeweils 25 % zu. Auf Grund der Klage eines Landwirtes kam es hier zu Verzögerungen, mittlerweile wurde Einigkeit hergestellt. Es steht nun der Abschluss eines Vertrages zum konkreten Planungsauftrag mit der Kreisverwaltung und der DEGES an. Da die Finanzierungsfrage jedoch Probleme aufwirft, muss dieses Thema noch einmal eingehend erörtert werden.

Herr Neumann ergänzt, mögliche Förderungsmodalitäten sind als Gesamtmaßnahme Bestandteil der Vereinbarung, einschließlich Radweg nach Siethen. Das ist aber nicht zu stemmen, weil die Kosten mittlerweile bei ca. 1 Mio. liegen, der entsprechende Anteil für die Kommunen würde auch entsprechend höher sein. Zur Gewährleistung von Teillösungen, die die Gesamtoption offen halten, müssten Gespräche auf höherer Ebene geführt werden (zwecks Sparvarianten). Wir müssten aus den bestehenden Verträgen herauskommen, aber da wir Vorverpflichtungen eingegangen sind, kann man das nicht so einfach beschließen.

Herr Gärtner wird das zur nächsten Sitzung am 05.11.13 vorbereiten.

Herr Heller erkundigt sich nach einer Plangenehmigung, an der sich die Ausschreibung anschließen könnte. Wenn die Genehmigung eingegangen ist, muss die Ausschreibung auf den Weg gebracht werden.

Herr Neumann bemerkt, das Deckblattverfahren mit den Beteiligungen läuft noch und ist noch nicht genehmigt.

Herr Gärtner äußert abschließend, wenn wir das Brückenproblem am 05.11. 2013 besprechen, werden wir die neuesten Daten haben.

TOP 6

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Gärtner informiert über die Südumfahrung der B 101. Die Umfahrung um Luckenwalde herum ist baulich seit ein paar Tagen bereits fertiggestellt. Ende November 2013 soll sie dem Verkehr übergeben werden. Ein genauer Termin ist noch nicht bekannt. Damit kann die Straße ihre Funktion aufnehmen und Luckenwalde wird weiter entlastet.

Herr Habermann erkundigt sich nach der alten B 101.

Herr Gärtner erklärt, die B 101 führt um Luckenwalde herum. Sie endet kurz vor den sogenannten „neuen Häusern“ vor Kloster Zinna und verschmilzt mit der alte B101.

TOP 7

Problematik Osdorfer Straße in Großbeeren

Diese Thematik hat **Herr Habermann** bewusst auf die Tagesordnung genommen, weil es in der Region für großen Ärger sorgt. Mehrfach wurde darüber bereits gesprochen. Einen Antrag an den Kreistag hat er bereits vorformuliert, er möchte hierzu die Meinung der Abgeordneten hören. Den Antrag trägt er den Abgeordneten vor. (**Anlage 1**)

Dieses Problem kann er persönlich beurteilen, da er regelmäßig in das Benjamin-Franklin-Klinikum über die Osdorfer Straße fahren muss. Im gegenwärtigen Verfahren der Umstufung, bittet er Herrn Gärtner, bei den Verhandlungen mit dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf diesen Punkt verstärkt einzubringen.

Herr Gärtner informiert, dass dieses Problem auch im Kommunalen Nachbarschaftsforum (AG Süd) und im Dialogforum diskutiert wurde.

Herr Ahlgrimm führt aus, die Osdorfer Straße sei für die meisten Großbeerenener seit Jahren ein Riesenthema. Die Bemühungen der letzten Jahre führten leider nicht zum Erfolg. Die Osdorfer Straße ist zwar in das gemeinsame Strukturkonzept des Flughafenumfeldes aufgenommen, interessiert aber kaum jemand. Die Straße hat zum Teil noch eine Breite von 4,65 m – da wird es bereits eng, wenn nur PKW-Begegnungsverkehr erfolgt. Für Schwerlastverkehr über 3,5 t ist zwar gesperrt, aber viele halten sich zum Leidwesen der Großbeerenener nicht daran. Deshalb würde er den Kreistagsbeschluss sehr begrüßen.

Herr Rex würde den Kreistags-Beschluss durchaus unterstützen. Er bedankt sich auch für die umfangreiche Ausarbeitung zur Thematik. Ihn interessiert jedoch, ob schon mal eine Verkehrszählung durchgeführt wurde. Da dies bejaht wurde, bittet Herr Rex, diese unbedingt in den Beschluss mit einzuarbeiten.

Herr Habermann möchte mit dem Kreistags-Beschluss unbedingt Unterstützung geben. Den Antrag wird er mit den Ergebnissen der Verkehrszählung ergänzen und der Verwaltung zusenden.

Herr Lindner interessiert, ob die Umstufung der Osdorfer Straße gleichzeitig einen Ausbau der Straße bedeutet? Bisher waren finanzielle Mittel nicht vorhanden?

Herr Gärtner bejaht diese Frage, und erklärt, dass, wenn das Land sich der Straße annimmt, diese auch auf die erforderliche Breite gebaut werden muss.

TOP 8

Maßnahmen zum aktiven Schallschutz am BER

Hierzu erklärt **Herr Habermann**, es gab eine fraktionsübergreifende Zusammenkunft zum Thema. Im Ergebnis dazu hat die Verwaltung einen Antrag formuliert. Dieser Antrag bedarf einer Ergänzung bzw. Überarbeitung, da die entscheidenden Probleme zu kurz gekommen sind.

Die Einleitung würde er nun wie folgt formulieren: „Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Urteil vom 16.03.2006 festgestellt (RN 286): Sollen sich mehr als 40.000 Personen, die Fluglärmbeeinträchtigungen jenseits der Zumutbarkeitsgrenze ausgesetzt werden, mit Maßnahmen des passiven Schallschutzes zur Abwehr erheblicher Einbußen an Lebensqualität begnügen, so wirft dies die Frage auf, wieso sich nicht auch der Vorhabenträger und die potentiellen Flughafennutzer, die für sich in Anspruch nehmen, kommerzielle Interessen und öffentliche Verkehrsbelange wahrzunehmen, bei der Verwirklichung ihrer Ziele Abstriche gefallen lassen müssen.“ (Das fett gedruckt.) Und dann weiter: „Deshalb fordert der Kreistag Teltow-Fläming wirksame Maßnahmen zum aktiven Schallschutz.“ Anschließend werden die einzelnen Punkte benannt.

Weiter erklärt er, er habe nicht viel Hoffnung, dass dieser Antrag genehmigt wird. Der Flughafen belastet die Menschen im Umfeld in einer Weise wie das Bundesverwaltungsgericht das hier festgelegt hat. Weiterhin schlägt er vor, das Thema aus der Sicht von Blankenfelde-Mahlow, gemeinsam mit Herrn Dr. Stinal und Herrn Wolny vorzubereiten, und dann dem Ausschuss noch mal vorzulegen. (**Anlage 2**)

Herr Gärtner teilt mit, dass Herr Dr. von der Bank mitgeteilt habe, dass er auch als Einreicher auf dem Antrag erscheinen möchte. Mit der Einladung zur nächsten Sitzung des AfRB am 05.11.13 könnte der Entwurf mitgeschickt werden, um in der Beratung darüber zu sprechen.

Herr Gärtner äußert, dass dieser Punkt bereits im letzten Kreistag auf der Tagesordnung stand, dann aber gestrichen wurde, nun aber für den 21.10.13 vorgesehen ist. Auch was die Thematik FBZ angeht. Er erklärt, in einem von ihm gefertigten Tätigkeitsbericht wurden alle Anfragen zum FBZ beantwortet. Er habe diesen Bericht auch genutzt, um einen Ausblick über das weitere Geschehen zu geben. Das jetzige FBZ in Mahlow wurde 2010 eingerichtet. Mittlerweile gibt es neue Überlegungen dazu, auch was den baulichen Zustand angeht (u. a. undichte Fenster).

Wesentlicher ist jedoch die personelle Besetzung. Der Landkreis ist mit 2 Mitarbeitern (Frau Köppen, Frau Brettschneider) personell besetzt. Frau Köppen wird Ende des Jahres in den Ruhestand gehen. Weiter ansässig im FBZ sind der Fluglärmschutzbeauftragte, sein Vertreter sowie die Sekretärin - die Kosten werden vom Land getragen.

Schallschutzüberprüfungen werden derzeit nicht durchgeführt.

Das FBZ ist zum Thema geworden und wird sicher auch im Kreistag Thema sein. Aus der Presse ging hervor, es möge doch weiterhin seinen Sitz in Mahlow haben.

Auch im Dialogforum habe man sich mit dieser Frage beschäftigt, wie auch zukünftig für die gesamte Flughafenregion eine möglichst qualitativ hochwertige Beratung in verschiedenen Belangen zur Verfügung gestellt werden kann.

Gemeinsam mit dem Landkreis Dahme-Spreewald, Dialogforum – wo alle kommunalen Vertreter anwesend sind – Staatskanzlei, Senatskanzlei, Gesellschaftern des Flughafens usw. wurde herausgearbeitet, dass es sinnvoll wäre, die Akteure in einem Haus zusammenzuführen.

ren. Das FBZ in der A.-Böcklin-Straße eignet sich wegen des baulichen Zustandes und der schlechten Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln dafür nicht. Es müsste zu viel investiert werden.

Aus diesem Grund wurde gemeinsam im Dialogforum, der AG 3, dem Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow und diverser Vorschläge aus dem Landkreis Dahme-Spreewald herausgearbeitet, ein Objekt zu finden, wo FBZ, Ombudsmann, Gutachter und auch BADC unter einem Dach vereint wären. Es wurden einige Objekte gefunden, wie Kita Wirbelwind, S-Bahnhof in Mahlow. Letzterer Ort sagte am meisten zu, auch wegen der verkehrlichen Erreichbarkeit. Allerdings muss auch hier kräftig investiert werden. Bis dahin gab es den Vorschlag, die ehemalige Airport-World zu nutzen, die der Flughafen mittlerweile umgebaut hat. Hierher ist auch die Geschäftsstelle des Dialogforums gezogen. Perspektivisch soll das Haus, ähnlich wie das Umwelthaus in Frankfurt, eine neutrale unabhängige Beratungsstelle werden. Er habe auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern und würde es begrüßen, wenn diese Mitarbeiter in die Airport-World umziehen würden. Hier wäre alles unter einem Dach, es gäbe auch eine qualitative Steigerung, was die Beratung anbelangt, und für alle in der Flughafenregion von Vorteil ist.

Herr Gärtner erinnert auch daran, dass die uns übergebenen Fördermittel vom Land Brandenburg, z. B. für die Überprüfung der Kostenerstattungsvereinbarungen, niemals nur für den Landkreis Teltow-Fläming allein gedacht waren, sondern immer für alle in der Flughafenregion.

Herrn Habermanns Frage bezieht sich darauf, ob es bereits ein Konzept zum Haus in Schönefeld gibt?

Herr Gärtner erklärt, ein Konzept wurde in der AG erarbeitet, dass der S-Bahnhof in Mahlow auszubauen ist. Dazu findet am 18. Oktober 2013 ein Gespräch mit Herrn Staatssekretär Bretschneider in Großbeeren statt. Momentan sei für ihn aber die Airport-World wichtig. Die Inbetriebnahme sei für den 11.11.13 vorgesehen. Gegenwärtig wird noch untersucht, mietfrei unterzukommen.

Herr Hubrig bekräftigt den Standort, auch da er verkehrstechnisch gut erreichbar ist. Ob ein späterer Umzug zurück nach Mahlow sinnvoll wäre, bezweifelt er. Hauptschwerpunkt sei für ihn die Kosteneinsparung.

TOP 9

Petition zur Ertüchtigung bestimmter Bundeswasserstraßen

Herr Habermann erinnert an das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17, das sehr umfangreich ausgebaut wurde, und in dem Zusammenhang auch das Schiffshebewerk Niederfinow neu gebaut wird. Es ist einfach notwendig, diese Wasserstraßen so zu ertüchtigen, dass die Oder mit dem Mittellandkanal verbunden werden. Die Frage ist, wie wir uns zu dieser Petition als Ausschuss verhalten werden.

Herr Gärtner ergänzt, man habe sich bereits im Vorfeld mit dem Thema befasst. Gemeinsam mit der amt. Landrätin, Frau Gurske, Herrn Neumann und aus Solidarität zu den anderen haben wir uns entschlossen, dass die 1. Beigeordnete dieser Resolution beitrifft. Nun ist eine Petition für den Bundestag zu machen. Er persönlich würde dieser Petition zustimmen.

Da **Herr Habermann** keine gegenteiligen Ansichten erkennt, unterstützt der Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung damit diese Petition.

Auf Anfrage von Herrn Neumann, ob diese Petition in den Kreistag eingebracht wird, antwortet **Herr Gärtner**, dass dies so erfolgen wird. Wichtig ist aber, dass sich der zuständige Fachausschuss damit befasst hat.

Weitere Redebeiträge liegen nicht vor. **Herr Habermann** bedankt sich für die Teilnahme und schließt die heutige Sitzung um 19.30 Uhr.

Luckenwalde, 07.11.2013

Habermann
Vorsitzender

Remus
Schriftführerin